

DOKUMENTATION · ANALYSE · DIFFUSION

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	24.04.2024
Thema Schlagworte Akteure Prozesstypen Datum	Keine Einschränkung Frauen und Gleichstellungspolitik Andere Gewerkschaft Keine Einschränkung 01.01.1990 – 01.01.2020

## **Impressum**

#### Herausgeber

Année Politique Suisse Institut für Politikwissenschaft Universität Bern Fabrikstrasse 8 CH-3012 Bern www.anneepolitique.swiss

#### Beiträge von

Benteli, Marianne Käppeli, Anita Scherrer, Debora

#### **Bevorzugte Zitierweise**

Benteli, Marianne; Käppeli, Anita; Scherrer, Debora 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Frauen und Gleichstellungspolitik, Andere Gewerkschaft, 1990 – 2011.* Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 24.04.2024.

## Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	
Sozialpolitik	1
Soziale Gruppen	1
Frauen und Gleichstellungspolitik	1
Parteien, Verbände und Interessengruppen	•
Verbände	1
Landwirtschaft	1

## Abkürzungsverzeichnis

SGB Schweizerischer Gewerkschaftsbund SMUV

Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen (urspr. Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband)

USS Union syndicale suisse

Syndicat de l'industrie, de la construction et des services (initialement Fédération suisse des travailleurs de la métallurgie et de l'horlogerie) **FTMH** 

### **Allgemeine Chronik**

#### Sozialpolitik

#### Soziale Gruppen

#### Frauen und Gleichstellungspolitik

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE DATUM: 08.10.1990 MARIANNE BENTELL

Um gegen die andauernden Benachteiligungen der Frauen in allen Lebensbereichen zu protestieren, riefen die SMUV Gewerkschafterinnen zu einem landesweiten **Frauenstreik am 14. Juni 1991** auf, dem 10. Jahrestag der Einführung von Art. 4 Abs. 2 RV. <sup>1</sup>

#### GERICHTSVERFAHREN DATUM: 03.07.1995 MARIANNE BENTELI

Die Sozialpartner des **Buchbindergewerbes** beendeten den seit 1991 andauernden Konflikt um Frauenlöhne und einigten sich vor dem Berner Appellationsgericht darauf, dass die angefochtene GAV-Bestimmung verfassungswidrig sei. Die Parteien verpflichteten sich, ihre Mitglieder anzuhalten, keine Gesamt- und Einzelarbeitsverträge abzuschliessen, die für Frauen tiefere Mindestlöhne vorsehen als für Männer. <sup>2</sup>

## BERICHT DATUM: 04.08.2000 MARIANNE BENTELL

Der Gewerkschaften zeigten sich alarmiert ob der harzigen Umsetzung der Forderung nach **Lohngleichstellung** von Frau und Mann. Nach positiven Anzeichen zu Beginn der neunziger Jahre herrsche in der Frage der Frauenlöhne heute wieder "tiefste Eiszeit". Die Lohndifferenz für gleichwertige Arbeit betrage im öffentlichen Sektor noch immer 11%, im privaten Sektor sogar 23%. Zudem drohten die diversen Verwaltungsreformen und Personalgesetzänderungen bisher Erreichtes zunichte zu machen. In der Kritik der Gewerkschaften stehen auch die Schweizer **Gerichte**. Bei der Behandlung von Lohngleichheitsklagen würden zentrale Errungenschaften der Gleichstellung wieder ausgehöhlt. So seien in jüngster Zeit diverse Klagen mit dem Argument abgeschmettert worden, das Gesetz des Marktes rechtfertige eine ungleiche Entlöhnung. <sup>3</sup>

#### STUDIEN / STATISTIKEN DATUM: 28.05.2011 ANITA KÄPPELI

Eine durch den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) in Auftrag gegebene Studie zeigte für die Schweiz die noch vorhandene, grosse **geschlechterspezifische Lohndiskriminierung** auf. So würden gemäss der Studie Frauen nach wie vor einen Grossteil der unbezahlten Arbeit leisten und daher geringere Pensen arbeiten. Zudem seien sie viel eher in Tieflohnbranchen beschäftigt. Dies habe zur Folge, dass Frauen im Durchschnitt über 40 Prozent weniger verdienen als Männer. <sup>4</sup>

## Parteien, Verbände und Interessengruppen

#### Verbände

#### Landwirtschaft

Im Berichtsjahr liessen vor allem die Bäuerinnen von sich hören. Der **Schweizerische Bäuerinnen- und Landfrauenverband** forderte an einer Tagung zum Thema "Frauen in der Landwirtschaft", dass die Frauen bei grösseren Investitionen, wie z.B. beim Kauf eines Traktors, ein rechtlich verankertes Mitspracherecht erhalten. Bäuerinnen hätten kein Recht zur Mitsprache, seien in den meisten Fällen nicht Miteigentümerin der Höfe, hafteten jedoch mit ihrem Anteil am Vermögen für die Schulden des Betriebes und seien zudem selten sozialversichert. Im Berichtsjahr wählte der Verband Christine Bühler als neue Präsidentin, die die Nachfolge von Ruth Streit antrat. Bühler rief im Juni mit den Gewerkschaften zu einem schweizweiten Frauenstreik auf. Das Zusammenspannen von Gewerkschaften und Landwirtinnen wurde von den männlichen Bauernvertretern kritisiert und sie forderten die Absage des Streikes. Bühler gab sich unbeeindruckt und verwies darauf, dass sich der Bauernverband bisher nicht für die Interessen der Frauen eingesetzt habe und deshalb ein Zusammenspannen mit den Gewerkschaften von Nöten sei. <sup>5</sup>

VERBANDSCHRONIK DATUM: 01.06.2011 DEBORA SCHERRER

1) Presse vom 8.10.90.

2) NZZ, 3.7.95; Presse vom 1.12.95. Vgl. SPJ 1992, S. 253. 3) NZZ, 18.5.00; Presse vom 14.6.00; WoZ, 22.6.00; SGT, 4.8.00. 4) BZ, 28.5.11. 5) BZ, 12.2.2011; NZZ, 29.4.2011; TA, 1.6.2011.